

Jährliche Berichterstattung (Mai 2025 bis April 2026) der Staatspolitischen Kommission an den Landrat

1. Gesetzliche Grundlagen

Mindestens einmal im Jahr erstattet die Staatspolitische Kommission dem Landrat schriftlich Bericht über ihre Tätigkeit (Art. 51 der Geschäftsordnung des Landrats [GO]; RB 2.3121). Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Staatspolitischen Kommission sind in Artikel 53 GO geregelt.

2. Allgemeines

In der Berichtsperiode präsierte Theophil Zurfluh, Sisikon, die Staatspolitische Kommission. Bruno Arnold, Seedorf, amtierte als Vizepräsident der Kommission.

In der Zusammensetzung der Staatspolitischen Kommission kam es im Berichtsjahr zu einer Änderung. Aufgrund ihres Wohnsitzwechsels schied die Schattdorfer Landrätin Eveline Lüönd, die seit Beginn dieser Legislatur Mitglied der Staatspolitischen Kommission war, per Ende August 2025 aus dem Landrat und damit auch aus der Kommission aus. Die Ratsleitung wählte am 24. September 2025 Julia Gisler, Schattdorf, als Ersatzmitglied in die Staatspolitische Kommission. Somit ist die Kommission seit Ende September 2025 wieder vollständig besetzt.

Seit der letzten Berichterstattung vom 22. April 2025 an den Landrat (Session vom 18. Juni 2025) wurde die Staatspolitische Kommission zu sechs Sitzungen einberufen. Einzelne Themen wurden jeweils kommissionsintern beraten.

Regelmässig eingeladen wurde Landammann Christian Arnold, um der Aufsichtskommission Auskünfte aus der Regierung und dem Landammannamt zu geben.

Im Rahmen des vorliegenden Berichts soll im Folgenden auf einzelne Geschäfte und Themen speziell eingegangen werden.

3. Interessenbindungen sollen offengelegt werden

Am 5. Februar 2025 hat der Landrat eine Motion zur Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Offenlegung der Interessenbindungen der Mitglieder des Landrats und des Regierungsrats mit grossem Mehr erheblich erklärt. Zur Umsetzung des Anliegens waren die Geschäftsordnung des Landrats (GO) und die Verordnung über die Organisation der Regierungs- und der Verwaltungstätigkeit (Organisationsverordnung; RB 2.3321) anzupassen. Gemäss Vorlage sollten beide Rechtserlasse mit je einer identisch lautenden Bestimmung ergänzt werden. Die Staatspoliti-

sche Kommission hat die Vorlage geprüft und dem Landrat die Änderung in der GO sowie in der Organisationsverordnung einstimmig zur Annahme empfohlen.

Am 24. September 2025 hat der Landrat den Änderungen in den beiden Erlassen zugestimmt und die entsprechende Motion als materiell erledigt abgeschlossen.

Die Änderungen in der GO sowie in der Organisationsverordnung sind per 1. Januar 2026 in Kraft getreten. Bis 30. Juni 2026 sind die bestehenden Interessenbindungen gegenüber der Standeskanzlei bekannt zu geben. Sie werden auf der Homepage veröffentlicht. Die neuen Transparenzregeln entfalten somit ab Mitte der laufenden Legislatur erstmals ihre Wirkung.

4. Oberaufsicht

Die Staatspolitische Kommission überwacht im Rahmen der Oberaufsicht auch den Geschäftsgang der Gerichte. Hierzu findet in der Regel jährlich eine Aussprache mit dem Obergerichtspräsidium statt, so dass die Staatspolitische Kommission Auskunft über Fallzahlen, Pendenzen und Verfahrensdauer erhält. Dieses Gespräch findet praxisgemäss im Wechsel mit der Behandlung des Rechenschaftsberichts über die Rechtspflege statt. Das Gespräch mit der Obergerichtspräsidentin Agnes H. Planzer Stüssi wurde im Herbst 2025 durchgeführt. Thematisiert wurden neben den Fallzahlen auch die Beschaffung von Software und das Projekt Justitia 4.0 - ein Projekt zur Digitalisierung der Schweizer Justiz.

5. Fallzahlen bei der Staatsanwaltschaft

Bei der Beratung des Rechenschaftsberichts über die kantonale Verwaltung des Kantons Uri für die Jahre 2022 und 2023 hatte die Staatspolitische Kommission im Herbst 2024 festgestellt, dass die Fallzahlen bei der Staatsanwaltschaft stark zugenommen hatten. Die fachliche Aufsicht über die Staatsanwaltschaft obliegt dem Gericht. Die administrative Aufsicht, zu der beispielsweise auch gehört, dass ein Amt mit genügend Personal ausgestattet ist, liegt beim Regierungsrat. Mit dem Budget 2026 hat der Landrat mehr Stellen bei der Staatsanwaltschaft genehmigt. Anfangs 2026 liess sich die Staatspolitische Kommission, wie bereits im Zusammenhang mit dem Rechenschaftsbericht, erneut von Justizdirektor Daniel Furrer und von Oberstaatsanwalt Thomas Imholz über die aktuellen Fallzahlen bei der Staatsanwaltschaft informieren. Sie orientierten über getroffene Massnahmen und wiesen zudem darauf hin, dass Justitia 4.0 auch bei der Staatsanwaltschaft ein wichtiges und zeitintensives Projekt ist.

Die Staatspolitische Kommission geht davon aus, dass die von der Staatsanwaltschaft getroffenen Massnahmen - wie beispielsweise die Trennung von Massengeschäften wie Geschwindigkeitsbussen und materiell zu beurteilenden Fällen - sowie die Erhöhung der Pensen durch die Schaffung und Besetzung von zusätzlichen Stellen bei der Staatsanwaltschaft zielführend sind, um die Pendenzenlast merklich zu reduzieren. Die Staatspolitische Kommission wird die Entwicklung der Pendenzenlast weiter beobachten.

6. Wahl Bankrat

Jeweils Mitte Legislatur nimmt der Landrat auf Antrag des Regierungsrats die Wahl des Bankrats der Urner Kantonbank (UKB) für eine vierjährige Amtsdauer vor. Es ist Aufgabe der Staatspolitischen Kommission, den entsprechenden Antrag zu prüfen (Art. 53 Abs. 1 Bst. i GO). Per Ende Mai 2026 treten zwei Mitglieder aus dem Bankrat aus. Fünf Mitglieder des Bankrats stellen sich zur Wiederwahl. Gestützt auf ein Urteil des Obergerichts aus dem Jahr 2025 muss der Kanton die Besetzung seiner regierungsrätlichen Kommissionen und des Bankrats der UKB öffentlich ausschreiben. Dies erfolgte im November 2025.

Praxisgemäss wurde für die Besetzung des Bankrats eine Findungskommission eingesetzt. In der Findungskommission hatte auch der Präsident der Staatspolitischen Kommission Einsitz. Er orientierte die Staatspolitische Kommission regelmässig über das Vorgehen und den Stand. Zur Vorberaterung und Prüfung des Wahlantrags hat die Staatspolitische Kommission die drei Kandidaten, die neu für den Bankrat beziehungsweise für das Präsidium des Bankrats vorgesehen waren, Ende März 2026 zu einem Gespräch eingeladen.

Die Staatspolitische Kommission hat den Vorschlag der Findungskommission eingehend beraten. Sie unterstützte in ihrem Antrag an den Landrat sowohl die vorgeschlagenen Mitglieder, die sich zur Wiederwahl stellten, wie auch die zwei Personen, die neu zur Wahl als Mitglied in den Bankrat vorgeschlagen wurden. Ebenso unterstützte die Staatspolitische Kommission die Wahl von Christian Senn, der sich neu als Präsident des Bankrats zur Verfügung stellte. Am 22. April 2026 hat der Landrat die Erneuerungswahl des Bankrats für die Amtsdauer vom 1. Juni 2026 bis 31. Mai 2030 vorgenommen.

7. Öffentliches Beschaffungswesen: Umsetzung der Empfehlungen des Landrats

Im Zusammenhang mit einem Vergabeverfahren hatte die Staatspolitische Kommission in der vergangenen Berichtsperiode eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Regierungsrat zu prüfen. Dabei ging es vorab um zeitliche Abläufe bei einem Vertragsabschluss und um gesetzliche Fristen, die im öffentlichen Vergabeverfahren gelten. Auf Antrag der Staatspolitischen Kommission hiess der Landrat die Aufsichtsbeschwerde am 26. März 2025 teilweise gut. Gleichzeitig empfahl der Landrat dem Regierungsrat, verwaltungsinterne Massnahmen zu treffen, damit den gesetzlichen Fristen und Vorgaben der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB; RB 3.3111) künftig Rechnung getragen wird.

Auf Wunsch der Staatspolitischen Kommission informierte der Landammann über die inzwischen getroffenen Massnahmen. Dabei führte der Landammann aus, dass die Fachbereiche der betroffenen Direktion sensibilisiert und neue Mitarbeitende zur Einhaltung der Submissionsvorschriften geschult werden. Um einen einheitlichen, hohen Vollzugsstandard zu erreichen, finden sich gemäss Hinweis des Landammanns auf der Homepage des Kantons zudem diverse Dokumente, Merkblätter, Wegleitungen und Schulungsunterlagen zum Submissionsrecht. Auch wurden die Direktionen der kantonalen Verwaltung informiert, dass die Baudirektion die Direktionen beziehungsweise die Ämter bei submissionsrechtlichen Fragen unterstützt.

Die Staatspolitische Kommission begrüsst die getroffenen Massnahmen. Sie regte an, auch die Teilnahme an einem externen Seminar zum Vergaberecht oder eine kantonsinterne Schulung durch ein externes Gremium zu prüfen.

8. Auskunft Amt für Steuern zur Pauschalbesteuerung

Mit Blick auf die Abstimmung über die Erbschaftssteuerinitiative im November 2025, führten Medienschaffende der WOZ Die Wochenzeitung und CORRECTIV.Schweiz bei Steuerämtern eine verdeckte Recherche durch zur Pauschalbesteuerung für vermögende Ausländerinnen und Ausländer. Aufgrund der Berichterstattung in diesen beiden Medien zu Auskünften des kantonalen Amtes für Steuern ordnete der Regierungsrat ein internes Audit an.

Die Staatspolitische Kommission liess sich über das Vorgehen und die Ergebnisse von den Auditoren orientieren. Zudem beantworteten der Vorsteher des Amtes für Steuern und der Finanzdirektor Fragen der Kommission zu diesem Thema. Die Staatspolitische Kommission nahm zur Kenntnis, dass Massnahmen getroffen und die Empfehlungen aus dem Audit bereits umgesetzt worden sind.

9. Tourismusprojekt Isleten

Es ist beabsichtigt, die Industriebranche im Gebiet Isleten einer neuen, künftig touristischen Nutzung zuzuführen. Parallel dazu soll durch die Verlegung der Kantonsstrasse eine Aufwertung des Ufers am Urnersee wie auch eine Verbesserung für die Naherholung und Freizeit geschaffen werden. Diese umfassende Transformation des Gebiets Isleten erfordert eine Grundlage im kantonalen Richtplan.

Aus diesem Grund wurde beim Bund ein Vorprüfungsbericht zur Anpassung des kantonalen Richtplans für das Gebiet Isleten eingeholt. Die Medienmitteilung des Regierungsrats nach Vorliegen des Vorprüfungsberichts des Bundes zum Richtplan führte zu vielen Diskussionen. Die Staatspolitische Kommission liess sich deshalb von Justizdirektor Daniel Furrer und Kanzleidirektor Roman Balli orientieren. Insbesondere interessierten, was der Vorprüfungsbericht des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE sowie das Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) und der Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD) für das Projekt und das weitere Vorgehen bedeuten. Das Thema wird die Staatspolitische Kommission auch weiterhin beschäftigen.

10. Kantonaler Nachrichtendienst

Kernaufgaben des Nachrichtendienstes sind die Prävention und die Lagebeurteilung zuhanden der politischen Entscheidungsträger. Jeder Kanton hat eine Behörde, die zum Vollzug des Nachrichtendienstgesetzes (NDG; SR 121) mit dem Nachrichtendienst des Bundes zusammenarbeitet. Die Staatspolitische Kommission hat den Kontrollbericht der kantonalen Dienststelle über den kantonalen Nachrichtendienst behandelt und zusätzliche Auskünfte bei der zuständigen Sicherheitsdirektion eingeholt.

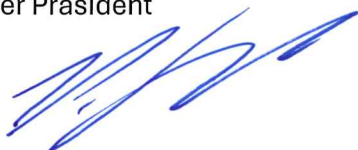
11. Dank

Die Staatspolitische Kommission dankt Landammann Christian Arnold für seine regelmässigen Orientierungen über laufende und aktuelle Themen. Diese Treffen werden sehr geschätzt. Sie bieten zudem Gelegenheit, Themen von allgemeinem Interesse anzusprechen und brennende Fragen von Bevölkerung und Politik direkt zu klären. Thematisiert wurden in diesem Rahmen beispielsweise «Max, der Uristier» und eine allfällige finanzielle Unterstützung über Lotteriegelder oder NRP-Beiträge, die Situation und der Stand bei der Seeschüttung oder die Nutzung des Zeughauses.

Im Weiteren dankt die Staatspolitische Kommission dem Regierungsrat sowie allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Altdorf, 5. Mai 2026

Für die Staatspolitische Kommission
Der Präsident



Theophil Zurfluh